

## Zu dieser Ausgabe

Die Ereignisse im Thüringer Landtag um die Wahl des Ministerpräsidenten im Januar diesen Jahres und die daraus für die CDU und FDP sich ergebenden politischen Folgen sind aktuell noch nicht abschätzbar. Aber die gute Nachricht von alledem ist: Es existieren bestimmte „rote Linien“ im politischen Leben, deren Übertreten Konsequenzen hat. „Thüringen“ zeigt aber auch, dass alles ein wenig komplizierter geworden ist. Nicht nur, dass sich die Wählerinnen und Wähler anders verhalten, auch politische Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse werden vielfältiger und zeitaufwändiger. „Thüringen“ ist dabei freilich nur ein besonderes Beispiel für diese neue „Unübersichtlichkeit“. Denn – wie *Stefan Marschall und Lena Masch* in dieser Ausgabe zeigen – kann ein Wahlverhalten, das nicht den einfachen Parteistrukturen Westdeutschlands der 1950er Jahre folgt, auch volatile Regierungsbildungen zur Folge haben. Was bewirkt, dass entsprechende politische Usancen – wie der Koalitionszwang bei Abstimmungen in den Parlamenten – ins Leere greifen und eine „bessere Politik“ verhindern können, worauf *Christian Stecker* hinweist. Damit stellt sich die Frage nach der politischen Steuerbarkeit eines Gemeinwesens, das in den letzten Jahren in seiner Zusammensetzung heterogener und auf den ersten Blick auch weniger „berechenbarer“ geworden ist. Ob sich auch unter einer hohen politischen Komplexität durchaus Handlungs- oder Entscheidungsmöglichkeiten eröffnen, erörtern *Stefan Becker* und *Michael Bauer* am Beispiel der EU-Kommission.

Das Gefühl, in unruhigen Zeiten mit schwindenden Gewissheiten und Unwägbarkeiten zu leben wird durch derartige Prozesse auf der politischen Ebene sicherlich verstärkt. In einer neuen Serie „Deutschland 2020/21“ möchten wir „Rationalität und Irrationalität von Prozessen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wandels besser einordbar“ machen, wie dies *Roland Sturm* in seiner Einleitung auf Seite 79 formuliert. Nicht einfache Rezepte sind gefragt, auch nicht das wiederholte Feststellen von Ratlosigkeit oder das Sezieren ausgewählter Einzelfälle. Stattdessen wollen wir Übersichten über größere Themenfelder anbieten, die Orientierung geben und Perspektiven aufzeigen können. Mit einem Blick auf unsere Demokratie und ihre Verfassung von *Norbert Lammert* beginnen wir diese Serie.

Die neu zu beobachtende Protestkultur aber auch das Erstarren der AfD in den Parlamenten und die von dieser Partei vorangetriebene „Enthemmung“ im öffentlichen und politischen Raum, verweisen ein weiteres Mal darauf, wie dringend notwendig politische Bildung ist (*Sibylle Reinhardt*). Denn Demokratie benötigt Geduld und Beharrlichkeit. Meinungsverschiedenheiten müssen ausgehalten und respektiert werden, es benötigt Geduld für Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse und es bedarf einer Sicht auf (politische) Konflikte, die diese nicht per se als etwas Schlechtes und Bedrohliches versteht. Sie sind notwendig, um tatsächlich die Interessen aller in einer Demokratie angemessen berücksichtigen zu können und die unter den gegebenen Bedingungen beste Lösung für gesellschaftliche Herausforderungen zu finden. Die Beiträge in diesem Heft – nicht zuletzt auch zur politischen Didaktik und die Rezensionen – möchten hier Hinweise und Material liefern.

Und noch ein Hinweis in eigener Sache: Im Blog des Fachgebiets Politikwissenschaft an der Universität Hamburg würdigt Tilman Grammes (der selbst einige Jahre Mitherausgeber war) den Ehrenherausgeber von GWP Hans-Hermann Hartwich und gibt damit zugleich einen Einblick in interessante historische Momente: <https://politik100x100.blogs.uni-hamburg.de/grammes-hartwich-pol-bildung/>

*Die Herausgeber*